



# Ungleichheit ist längst kein Monopol der Linken mehr

Solange es nur um Arm und Reich ging, konnten linke Parteien von Unbehagen an der Ungleichheit profitieren. Jetzt haben sich daran auch die Rechten. *Von Steffen Mau*

schwereren Stand. Zu den Oben-unten-Ungleichheiten kommen Wir-sie-Ungleichheiten, die sich um Fragen von Ein- und Ausschuss gruppieren. Mit der Globalisierung öffnet sich der nationalgesellschaftliche „Container“, Migration und Mobilität werden zum Normalfall. Wolfgang Schäubles Beschreibung der Flüchtlingskrise als „Rendezvous mit der Globalisierung“ hat dies gut auf den Punkt gebracht. Was die Wände der Nationalstaaten porös, verschoben sich gesellschaftliche Konfliktachsen fundamental. Statt um die Kluft zwischen Oben und Unten streitet man nun über den Zugang, über Aufnahmekapazitäten und über Sozialleistungen für jene, die neu hinzinkommen. Statt um Klassen geht es um Nation und Ethnie. Das sind Zugehörigkeitskategorien, die sich auf Abstammung, Tradition und Territorialität beziehen.

Diese neue Konfliktachse kennt zwei Pole: Auf der einen Seite jene, die mit kosmopolitischer Haltung Inklusionsbe-

men rechtspopulistischer Parteien als Hinweis auf die Durchschlagkraft dieser neuen Spaltungslinie. Der Konflikt, der hier ausgetragen wird, ist – zumindest vorläufig – horizontaler Natur: Aus „die da oben“ wird ein „die da draußen“.

Allerdings kennt auch dieser Konflikt Oben und Unten: Offenheit, Toleranz und Willkommenskultur sind Domänen der akademischen Schichten, jener mit hohem Humankapital und interkultureller Kompetenz. Sie sehen in der Ertragsungleichheit Chancen, während die unteren Gruppen hier vor allem Gefahren wittern. Am Ende der Sozialstruktur ist die „Globalisierungsviolende“ am größten, am unteren hingegen der „ethnische Wettbewerb“. Ob gefühlt oder real – insbesondere die unteren Schichten sehen sich zunehmend unter Druck. Nicht nur SPD-Großen behaupten, dass es vor allem die Deregulierung und der wachsende Abstand zwischen Arm und Reich seien, welche die Menschen für die Wir-Sie-Gezehrungen erst anfü-

Hier entfaltet sich eine Kraft, die linken Bestrebungen in Richtung Internationalisierung und kosmopolitischem Miteinander entgegenwirkt.

Das „Unbehagen mit der Ungleichheit“ wird von rechten und rechtspopulistischen Akteuren somit recht geschickt zu einem „Unbehagen mit der Zuwanderung“ umgepolt. Damit erzielt die AfD nicht nur Wahlerfolge, sie mobilisiert auch erstmals resignierte Wähler und holt sie an die Wahlurne zurück. Diese Konstellation hebt die klassische sozialdemokratische Agenda aus. Sie funktioniert im geschlossenen Nationalstaat noch recht gut, unter den Bedingungen zunehmender Offenheit immer weniger.

Der AfD-Wähler aus Wismar sagt es ganz deutlich: „Er kann nicht sein, dass sich Sozialismus der Welt werden.“ Ungleichheit begrenzen und Ausländer draußen halten, so lautet sein Patentrezept. Sozialstaat ja, aber bitte mit hochgezogener Zugbrücke.

Die dritte Ungleichheitsachse kann man die Ich-du-Ungleichheiten nennen. Auch diese schlagen neue Schneiden in unsere politische Landschaft. Ihr Treibstoff sind Diskriminierungserfahrungen, Diversität und Anerkennungsbestrebungen. Es ist das Feld der Identitätspolitik. Konkret geht es um Gender-Mainstreaming, die rechtliche Gleichstellung homosexueller Partnerschaften, die gesellschaftliche Akzeptanz von Diversität, die Breite geschlechtlicher Identitäten, Politiken der Inklusion und vieles weitere mehr. Diese Themen sind von der progressiven Linken auf die politische Bühne gehoben worden. Im Kraftfeld gesellschaftlicher Auseinandersetzungen binden sie heute wertvolle Energien, werden mit großer Vehemenz vorgetragen oder auch bekämpft.

Diesen Ungleichheitsfragen ist eigen, dass ihre Grammatik der Ungleichheit nicht entlang von Klasse, Ethnie oder Nation definiert werden, sondern entlang vielfältiger sozialer Kategorien. Das umfasst eine ganze Bandbreite von Geschlecht über Hautfarbe und sexuelle Orientierungen bis hin zu Mikro-Milieus mit eigenen Lebensvorstellungen, Chauvinismus und Sexismus sind erklärte Gegner, und mit ihnen der „zweite alte Mann“. Ungleichheit wird in Kategorien der Deutungsmacht und diskriminierenden Strukturen gedacht, nicht anhand der Ressourcenfrage. Allerdings bleibt

das Kraftfeld der Ich-du-Ungleichheiten stark in den urbanen und universitären Milieus verhaftet. Ihre politischen Protagonisten haben oftmals das Gespür und Interesse an den sozioökonomischen Ungleichheiten verloren.

Diese neue Bewegung zieht junge, kluge und auch hitzige Köpfe an, wie man an amerikanischen und britischen Universitäten beobachten kann. Und sie treibt zahlreiche Blüten. Beim Versuch, jegliche Diskriminierung vom Campus zu bannen, werden klassische Texte der Literaturgeschichte mit „Trigger Warnings“ – Hinweisen auf politisch inkorrekte Begriffe – belegt, soziale Medien werden zu Melderegistern für sogenannte Mikro-Agressionen. Der Konflikt um die „Unies“-Billete kann in solch einem Kontext schnell zum politischen Final werden. Der Überschlag zu dem Mann oder der Frau auf der Straße gelingt allerdings nur selten.

Auch hier tut sich im Grunde ein Graues zwischen Oben und Unten auf. Die selben Themen sind vor allem Herzensangelegenheiten derer, die gut gestellt und gut gebildet sind. Die unteren Schichten erweisen sich als indifferent, zuverlässig schlägt sogar der Furor über die „verhatschten Minderheiten“ hoch. Rechte Parteien haben diese Achillsehne der linken Agenda erkannt und nutzen sie ohne Rücksicht aus. Donald Trump, Marine Le Pen oder Franka Petry alle haben sie ins Visier genommen und heizen mit heftigen Attacken auf den „Genderwahnsinn“, „Inklusionsirrefanz“ und die „Propagierung von Homo- und Transsexualität in der Schule“ den Konflikt an. Den Mann aus Wismar vermuten sie auch in heute wertvolle Energien, werden mit großer Vehemenz vorgetragen oder auch bekämpft.

Nun findet man Sozialstaatsunterstützer am rechten Rand, unverteilungsskeptische Kosmopoliten im linken Lager. Aus dem Unbehagen mit der Ungleichheit, das vor allem in den unteren Schichten präsidiert, wird die Schmach nach dem nationalen Schutzraum. Hier bringt

Links wie rechts kämpfen mit Ungleichheit um Wählerstimmen. *Simon*

man sich gegen die Zumutungen von Globalisierung und weitläufigen Fluchtbewegungen in Stellung. Der Wähler-Nachschub für die schwächelnde SPD wird damit abgeschnitten. Die Themen der Diskriminierung und Diversität vermögen es bislang nicht, die Massen zu bewegen.

Es ist wohl so: Während die einfachen Arbeiterschichten für Oben-unten-Ungleichheiten gut mobilisierbar waren, zeigen sie sich deutlich verhaltenere, zweifelnd ablehnend, was die Wir-sie- oder die Ich-du-Ungleichheiten angeht. Diese neuen Ungleichheitsfragen haben eine klare Schlagseite hin zu den besser gebildeten und akademischen Milieus. In den Fraktionen der Abgehängten und fruchten diese Kapitel der identitätspolitischen Agenda viel zu wenig. Sie lösen sogar Gewinnd aus und machen politische Kontroversen stark.

In den Vereinigten Staaten ist der Trumpismus der wesentliche Profiteur des progressiven Dilemmas. Er kann auf die Enttäuschten und Frustrierten zählen, die sich von wirtschaftlicher Stagnation und wachsender Ungleichheit betroffen fühlen. Die Demokraten hingegen, so hat es jüngst der amerikanische Vordenker Francis Fukuyama dargelegt, werden immer weniger als Vertreter des „einfachen Mannes“ wahrgenommen. Indem sie sich zunehmend der Identitätspolitik verschrieben, so Fukuyama, hätten sie den Bezug zur weißen Arbeiterschicht verloren. Ihre Anhängerschaft setze sich nunmehr aus Afroamerikanern, jungen Stadtbewohnern, Schülern und Umweltschützern zusammen.

Auch in Deutschland sind derartige Verschiebungen deutlich zu erkennen. Das wirft für die Grünen als Partei der mittleren und oberen Mittelschicht weniger Probleme auf als für die SPD, die sich auch als Klein-Leute- und Kümmere-Partei versteht. Sie hat bei den unteren Schichten durch die Agenda 2010 schon erheblich an Glaubwürdigkeit verschoben, so Fukuyama, hätten die der Globalisierung an ihr. Der Schlingerkurs der SPD in der Flüchtlingsfrage spricht hier Bände. Die nationalstaatlichen Avancen profiliertester Personen der Partei der Linken verweisen auf ein ähnliches Problem. Das von Parteilich Gabriel geforderte Sozialpaket für Flüchtlinge befindet sich genau auf dieser Klinge. Es versucht, die Zustimmung für Offenheit mit Nachbesserungen bei den Sozialleistungen zu erkaufen. Ob sich einmal losgelassene Ressentiments so einfach mit Steuergeldern befrieden lassen, mag man getrost bezweifeln.

Ungleichheit heute, das heißt also die Kluft zwischen oben und unten. Und weil die Ungleichheitsfront sich verschiebt hat, ist die Lage so unübersichtlich geworden. Aus dem Leiden an der Ungleichheit wird deshalb auch so schnell kein Gewinnerthema. Die Herausforderung für alle linken Kräfte besteht wohl darin, ein Projekt zu definieren, das Marktkräfte zähmt, ohne die nationalstaatliche Karte zu spielen. Hierbei haben sie noch viel zu wenig erreicht. „Willy Brandt war mein Lieblingspolitiker. Den würde ich heute wählen“, so sagt der AfD-Wähler in Wismar am Ende, ehe er die Ampel überquert und an der nächsten Hansecke verschwindet.

Steffen Mau ist Professor für Makroökonomie an der Humboldt-Universität zu Berlin.



Die wachsende Ungleichheit beschäftigt die Menschen nicht wohl darin, ein Projekt zu definieren, das Marktkräfte zähmt und gerecht ist, wenn Einkommen und Vermögen nicht gleich verteilt sind? Gibt es genügend Changenheitliche und soziale Mobilität? F.A.S., F.A.Z. und Faz.net bemühen sich mit einer Serie um Aufklärung. Die bisherigen Beiträge finden Sie unter: faz.net/aktuell/wirtschaft/arm-und-reich

ANZEIGE

GP GIRARD-PERREGAUX  
SINCE 1854 HAUPT NACHFOLGER SINCE 1971

Es steckt kein Geheimnis hinter einer Girard-Perregaux nur über zwei Jahrhunderte Hingebung und ein klares Bekenntnis zur Perfektion.

Info: germany-austria@girard-perregaux.com

retschhaft und Offenheit vertreten. Auf der anderen Seite finden sich diejenigen, die auf Abgrenzung setzen. Diese drückt sich in Ressentiments gegenüber Zuwanderern, protektionistischen Einstellungen oder ethno-nationalistischen Vorstellungen von Gemeinschaft aus.

Politikwissenschaftliche Studien zur Veränderung des westeuropäischen Parteiensystems interpretieren das Aufkom-

men machen. Empirisch zeigt sich in der Tat, dass bei den Wählern rechtspopulistischer Parteien neben Überforderungsängsten auch die wirtschaftlichen Sorgen recht verbreitet sind. Es sind die weniger Begüterten, geringer Gebildeten und prekär Beschäftigten, denen daher die nationalgesellschaftliche Schließung als Antidot gegen die Zumutungen von Globalisierung und Zuwanderung erscheint.

wei Wochen vor der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern auf dem Marktplatz der Hansestadt Wismar: Ein Mann, Ende 40, früh ergraute Schläfen umrahmen sein Gesicht, lächelt über die wachsende Ungleichheit in Deutschland. Die Spaltung sei so groß wie nie. Unternehmen verdienen sich eine goldene Nase. Der kleine Mann komme viel zu kurz. Das Steuersystem sei schlichtweg ungerecht.

Hier, so möchte man meinen, spricht ein Stammwähler des linken Lagers. Tatsächlich bekannt er, am Wahlsonntag der Alternative für Deutschland (AfD) seine Stimme geben zu wollen. Die Ergebnisse dieser Landtagswahl und einschlägiger Untersuchungen weisen darauf hin, dass Wähler tatsächlich zwischen diesen Entschens wandern. Das setzt nicht nur die CDU unter Druck, sondern auch die Parteien links von ihr. Was ist da geschehen? Warum wählt dieser Wismarer rechts statt links? Stimmt unser politisches Navigationssystem nicht mehr?

Die Linke war lange Zeit auf die Ungleichheitsfrage abnormiert. Mit dieser verbindet sich ihr emanzipatorischer Anspruch, das Einsteigen gegen Ungerechtigkeit. Allerdings ist der Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Umverteilung heute viel komplexer als in der Vergangenheit. Das hat etwas mit sich wandelnden Verhältnissen und den Hängen der Ungleichheitsfrage selbst zu tun. Welche Ungleichheitsfragen stellen sich also nun?

Die erste, die klassische Perspektive können wir der Einfachheit halber Oben-unten-Ungleichheiten nennen. Hier geht es, wenn man so will, um die Ungleichheit der Klassen. Diese ist lange Zeit als wichtigste Verteilungsfrage des Kapitalismus angesehen worden. Der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit gilt aber durch den Sozialstaat als halbwegs befriedet, nicht ohne einen neuwertigen Beitrag der Sozialdemokratie. Verschieden konnte sie sich bei diesem Kampf auf die Arbeiterklasse und die unteren Schichten. Die wachsende Mittelschicht ist nicht zuletzt, auch ein Resultat des ausgehenden Wohlfahrtsstaates. Vom institutionalisierten Klassenkompromiss ist nun überall die Rede.

Dieser Erfolg bedeutete auch, dass die Ungleichheit der Klassen politisch in den Hintergrund rückte. In den 1980er Jahren verkinderten prominente Vertreter der Soziologie sogar den Abschied von Klasse und Stand und begründeten die Individualisierung der Lebensformen. Aufgerechnet wurde man dann, knapp zwanzig Jahre später, von der Rückkehr der Ungleichheit. Das Auseinanderdriften der Einkommen zwischen Hoch- und Niedrigqualifizierten, die zunehmende Vermögenskonzentration, die Blockaden gesellschaftlicher Mobilität, die Entstehung eines Dienstleistungsprekariats – das alles zeigt, dass die dialektisch-heftigste keinesfalls als gelöst angesehen werden kann. Auch Ratingagenturen, die Weltbank und die OECD haben wachsende Ungleichheit in den westlichen Ländern als Problem erkannt und mahnen an, etwas dagegen zu tun. Inequality is back!

Es ist ein Zeit für ein Erstarren der Sozialdemokratie durch ein Revival ihrer alten Themen? Dafür sprechen eindeutige Indizien: In der Bevölkerung ist die Ungleichheitskrise weit verbreitet. Nach einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung sehen mehr als 80 Prozent der repräsentativ befragten die Ungleichheit kritisch. Allein, der ungleichheitskritische Funke zündet nicht, wird nicht zum Flächenbrand. Das hat auch damit etwas zu tun, dass die Mittelschicht ihre Interessen zunehmend am Markt verankert hat und sich an meritokratische Prinzipien bindet. Von den unteren Schichten kommt ebenfalls kein Gegensturm. Von ihnen wissen wir, dass sie der Wählerüberproportional häufig fernbleiben. Es gilt sogar: je größer die Ungleichheit, desto geringer ihre Wahlbeteiligung.

Aber das ist nicht der einzige Grund. Zwischen sich andere Ungleichheitsdimensionen auf den Plan getreten und überlagern die vertikale Achse. Und bei diesen hat die progressive Linke einen noch